

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Amtliches.

Berlin, 1. November. Se. Majestät der König haben Allerhöchstes geruhet: Den Geheimen Ober-Justizrat Meyer, vortragenden Rath im Justizministerium, zum Ersten Präsidenten des Appellationsgerichts in Paderborn, den Geheimen Justizrat Herzbrück zum Geheimen Ober-Justizrat und den Appellationsgerichtsrath Dr. von Schelling zum Geheimen Ober-Justizrat und vortragenden Rath im Justizministerium zu ernennen und dem Präsidenten des Stadtgerichts in Berlin Breithaupt den Charakter als Geheimer Ober-Justizrat mit dem Range eines Raths zweiter Klasse zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Bergen, 31. Oktober, Nachmittags. Bei der heute hier stattfindenden Nachwahl zum Abgeordnetenhaus ist der Gutsbesitzer Hagen auf Groß-Bobloß mit 186 Stimmen, gegen 158, welche auf den Gutsbesitzer Freysee-Wersin fielen, gewählt worden.

Karlsruhe, 31. Oktober. Die erste Kammer hat sich in ihrer heutigen Sitzung einstimmig für den Anschluß Badens an den norddeutschen Bund, mit Erhaltung der entsprechenden Selbstständigkeit, mit allen gegen 3 Stimmen für ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen und den entsprechenden militärischen Vereinbarungen, einstimmig für unländbare, einheitlich organisierte Zollvereinigung, für einheitliches Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen und für gemeinsames deutsches Bürgerrecht ausgesprochen.

Paris, 31. Oktober, Nachmittags. Hier eingetroffene Nachrichten aus Konstantinopel vom 30. d. melden, daß die Türken nach einem festigen Kampfe Apollonos besetzt haben. Mustapha Paşa ist auf dem Marsche nach Sphakia, dem letzten Zufluchtsorte der kandidotischen Insurgenten.

Lissabon, 31. Oktober. Der fällige Brasiliendampfer hat folgende Nachrichten vom La Plata-Kriegsschauplatz abgegeben. Präsident Lopez hat Friedensvorschläge gemacht. Präsident Mitre wurde bei einem Angriff auf Curupaiti mit erheblichem Verlust zurückgeschlagen. General Flores ist nach Montevideo zurückgekehrt.

Der brasilianische Kriegsminister Silva Terra hat seine Entlassung genommen. Der Justizminister Paraguaya veraltet das Kriegsdepartement interimistisch. Der Marquis de Caxias, Marschall und Flügeladjutant des Kaisers, übernimmt den Oberbefehl der brasilianischen Streitkräfte in Paraguay.

Nach weiteren aus paraguayscher Quelle stammenden Berichten betragen die Verluste der Alliierten bei dem mißglückten Angriff auf Curupaiti 8000 Mann und 6 Schiffe.

In der argentinischen Konföderation herrschte große Aufregung.

Konstantinopel, 31. Oktober. Die Insurgenten auf Kandia haben nach einer blutigen Schlacht bei Krissa die Waffen niedergelegt und kapituliert. 3 höhere und 135 subalterne griechische Offiziere sind als Kriegsgefangene nach verschiedenen Festungen abgeführt worden. Die kaiserliche Yacht „Sultanin“ hat heute den offiziellen Siegesbericht Kyrill-Paschas überbracht.

Der Fürst von Rumänien ist vom griechischen Patriarchen eingesegnet worden und hat vom Sultan einen Ehrensäbel mit Brillanten erhalten.

Der Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund.

Auch die erste badische Kammer hat sich in ihrer Sitzung vom 31. Oktober, wie ein Telegramm aus Karlsruhe meldet, für den Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund ausgesprochen, und zwar einstimmig; der fernere mit allen gegen drei Stimmen gefasste Beschuß für ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen und die entsprechenden militärischen Vereinbarungen kann nur auf den Fall gehen, daß die preußische Regierung Angehörige des Prager Friedens Bedenken trüge, Baden zum Norddeutschen Bunde zuzulassen. Ob solche Bedenken auf preußischer Seite bestehen, wissen wir nicht, indem sind wir geneigt zu glauben, daß sie nicht durchgreifend sind, indem der Prager Vertrag nicht dahin ausgelegt werden kann, als beschränke er das Bündnisrecht der preußischen Regierung. Preußen hat sich verpflichtet, die Staaten jenseits der Mainlinie nicht gewaltsam in den Bunde zu pressen, aber nicht, ihrem freiwilligen Anschluß zu wehren. Der Präliminarfriedensvertrag vom 26. Juli lautet im Art. II.: „Se. Majestät der Kaiser verspricht das engere Bündnis anzuerkennen, welches Se. Majestät der König nördlich von der Linie des Mains begründet wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammenentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt (und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird) — fügt der Friedensvertrag vom 23. August hinzu.) Mit wem erklärt Se. Majestät der Kaiser sich einverstanden? etwa mit der Regierung von Preußen oder den deutschen Untermainstaaten? Mit beiden nicht, denn Preußen hatte kein Interesse, sich selbst Beschränkungen aufzulegen, die gedachten Staaten aber waren über ihre Absichten von keiner Seite befragt, folglich konnte von einem Einverständnis mit ihnen nicht die Rede sein. Es war eine Idee, mit der sich der Kaiser von Oestreich einverstanden erklärte und zwar die bekannte, in dem Briefe Louis Napoleons an Drouyn de Lhuys niedergelegte Idee von der Errichtung eines besonderen süddeutschen Bundes. Nach allem Anschein wird sich aber diese Idee von selbst nicht realisieren; sie widerstrebt dem deutschen Volksgeiste, und wir hatten kürzlich Gelegenheit, uns an dem Beschuß der württembergischen Kammer zu überzeugen, welcher Aufnahme süddeutsche Sonderbestrebungen im gesamten Deutschland begegnen. In Württemberg selbst hat seit jenem viel beschlagten Beschuß die Reaktion gegen dessen Tendenzen begonnen. Baden erklärt nun in seiner Landesvertretung in allerblüdigster Form, von einem süddeutschen Bunde nichts wissen zu wollen.

Für den Fall nun aber, daß ein solcher nicht zu Stande kommt, ist im Friedensvertrage nichts bestimmt. Ein solcher Fall müßte aber vorhergesehen werden, und wir unseres Theils sind fest überzeugt, daß Graf Bismarck ihn vorhergesehen hat. Wir haben jetzt also mehrere einzeln stehende Staaten uns gegenüber, nicht eine Vereinigung derselben. Der letzteren sollte es nach dem Vertrage unbenommen sein, sich mit dem Norddeutschen Bunde über ihre nationale Verbindung zu verständigen. Exorbitant dagegen wäre die Forderung, daß bei Nichteintritt der Voraussetzung der Kontrahenten die einzelnen Staaten Süddeutschlands in perpetuum außerhalb jeder mächtigen Verbindung bleiben sollten.

Oestreich hat offenbar den Gedanken bei Abschluß des Friedens gehabt, daß die in den Südstaaten auch nach dem Kriege herrschende Stimmung gegen Preußen diese unschätzbar in eine Union unter sich treiben würde und daß, wenn etwa diese süddeutsche Union mit dem Norddeutschen Bunde eine nähere Verbindung einzugehen wünschen sollte, die Ausführung nur auf gewisse Bedingungen hin erfolgen würde, welche die internationale Selbstständigkeit der Union erhalten, eine ähnliche Garantie aber nicht gegeben sei, wenn Preußen oder der Norddeutsche Bund mit den Einzelstaaten als solchen paktire. Es wäre aber, wenn der legtern Eventualität vorgebeugt werden sollte, Oestreichs Sache gewesen, die süddeutsche Verbindung zu Stande zu bringen, Preußen hat doch sicher keine Verpflichtung dazu.

Oestreich hat seit dem Kriege keinen Einfluß auf seine früheren Verbündeten mehr zu üben vermocht, und betrachten wir die Stimmung in den Ländern dieser Verbündeten gegen Oestreich, daneben aber die inneren Zustände des letzteren selbst, so gehört wenig Divinationsgabe dazu, um auszusprechen, daß der alte Einfluß Oestreichs auf Süddeutschland für immer dahin ist. Welchen Schwankungen in Süddeutschland auch die politische Meinung noch unterworfen sein kann, in volkswirtschaftlicher Beziehung wird das Land unverrückbar zu Preußen halten. Wir sehen es wieder aus dem Nachdruck, den die erste badische Kammer für den Fall, daß die Aufnahme in den Norddeutschen Bunde nicht erfolgte, auf die unknüpfbare und einheitlich organisierte Zollvereinigung legt.

Und doch ist Baden der Staat, der unter Umständen am meisten von seinen Nachbarn unter solcher Fessel leiden könnte. Aber der Beschuß ist distirt von der festen Hoffnung, daß Bayern und Württemberg nachfolgen werden. Und warum auch nicht? Oestreich hat sich nicht ausdrücklich vorbehalten, Verträge mit den deutschen Einzelstaaten abzuschließen. Dieses Recht ist indessen, so weit diese Staaten nicht Mitglieder des Norddeutschen Bundes sind, selbstverständlich. Eben so unbestreitbar aber ist das Recht Preußens resp. des Norddeutschen Bundes, in nähere Beziehungen zu den einzelnen Südstaaten zu treten, wenn dieselben für gut finden, kein Separatbündniß untereinander einzugehen. Preußen würde hierbei nur seine eigenen Interessen zu fragen haben, ob es vorziehen, diese Bundesgenossenschaft auf das handelspolitische Gebiet zu beschränken oder ob sie bis zu einer formellen Aufnahme in den Norddeutschen Bunde auszudehnen.

Deutschland.

Prußen. — Berlin, 31. Oktober. [Die Ernennung des Herrn v. Beust; zum Parlament; zum hannoverschen Steuerzuschlag; Militärisches; Dank des Königs an die Eisenbahnen.] Die Ernennung des Herrn v. Beust zum Minister des Kaiserstaates scheint wirklich eine vollendete Thatstache zu sein; zwar ist die amtliche Notifikation hier noch nicht eingegangen, aber doch die vorläufige Benachrichtigung. Die Berufung eines Mannes, der eben so glänzend Fiasco gemacht, auf einen noch größeren, d. h. gefährlicheren Posten, hat an sich schon etwas Besprechendes; wenn aber gar, wie hier, ein protestantischer Staatsmann zur Leitung der Politik Oestreichs berufen wird, muß dort die Armuth an Staatsmännern oder die Verlegenheit außerordentlich groß sein. Denn nur, um einen früheren Gegner zu ärgern, giebt man sich doch nicht solche Blöße; übrigens kann Preußen, wenn auch sicher in jener Berufung kein Beweis von östreichischem Wohlwollen, oder von dem Bestreben, fortan mit uns in Freundschaft zu leben, gefunden werden kann, doch sehr ruhig dabei sein. Denn durch seine militärischen Erfolge und durch die verschiedenen Friedensschlüsse ist es in den Stand gesetzt, der weiteren Entwicklung der Dinge zu ziehen zu können, ohne gleich eine Gefährdung seiner Absichten oder seiner berechtigten Interessen von der Thätigkeit eines Mannes fürchten zu müssen, der zwar jetzt einen größeren Wirkungskreis hat, als früher, der doch aber bisher nie einen Erfolg gehabt. Die Gefahr liegt also nicht auf der Seite Preußens, sondern derjenigen, welche etwaige Hoffnungen und Bestrebungen gegen Preußen auf die Mitwirkung dieses Staatsmannes gründen. Ganz besonders dürfte an Sachsen die Mahnung zu richten sein, daß es durch den Umstand, daß sein bisheriger Leiter jetzt zu einem bedeutenderen Wirkungskreise gekommen, sich nicht zu Erwartungen hinreissen lasse, als ob es für eine gegen Preußen gerichtete Politik eine bessere Grundlage und daher die Wahrscheinlichkeit besseren Erfolges dadurch gewinne. Sachsen ist gerade darauf angewiesen, mit Preußen durchaus Hand in Hand zu gehen und würde es davon abweichen, so würde es die jetzt nur halb zur Entwicklung gekommenen Folgen einer falschen Politik sich dann ganz mit rücksichtsloser Konsequenz vollenden sehen. Bisher hat jeder Versuch, der nationalen, von Preußen so energisch in die Hand genommenen Politik entgegenzutreten, nur ein weiteres Vorbreiten Preußens zur Folge gehabt und so würde es in Zukunft auch gehen; aber allerdings muß die Regierung auch an solche Eventualitäten denken und sich vorbereiten, von dem neuen östreichischen Minister nicht gerade eine Förderung seines Strebens zu erwarten, da unter Herren v. Beust Männer arbeiten, welche von jeher die geheimen Urheber und Beförderer aller gegen Preußen gerichteten Intrigen gewesen sind, wie die Herren Mayr v. Gagern, Biegeleben, Meiseburg und Andere.

Wenn in allen amtlichen und autorisierten Kundgebungen darauf

Innerste
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

hingewiesen wird, daß die Regierung die Entwicklung des Norddeutschen Bundes in ernste Aussicht nimmt, so folgt daraus, daß die Mahnung der „Pr. Z.“, den Zusammentritt des Parlaments zu verschieben, nicht aus Regierungskreisen stammt.

Die „Pr. Korr.“ bestätigt, daß der Steuerzuschlag für Hannover überhaupt niedergeschlagen ist; allerdings hat hierbei wohl die Aussicht mitgewirkt, einen Theil des Landesvermögens aus England zurückzuhalten, doch aber sind zur Deckung der vorhandenen Bedürfnisse die Überschüsse aus den Zolleinnahmen, welche nach der bisherigen Berechnung Hannover gebühren, von hier aus dorthin gesandt, um daselbst für die Zwecke der Verwaltung verwandt zu werden.

Nach einer Bestimmung des Königs sollen jetzt Saar�ouis, Koblenz, Köln und Mainz desarmirt werden; gleichzeitig ist angeordnet, daß die Batterien der Feldartillerie-Regimenter auf den Friedensfuß zurückzuführen; bis auf Weiteres ist auch die Befestigung von sechs Pferden für die 4-Pfünder, sowie die dauernde Verminderung der Dienststärke der reitenden Batterien genehmigt worden.

Der König hat sich sehr anerkennend über die Leistungen der Eisenbahnen während des jüngsten Feldzuges und die Unterstützung, welche dadurch den Operationen des Heeres zu Theil geworden, ausgesprochen und den Handelsminister ermächtigt, seinen Dank den Verwaltungen der betreffenden Eisenbahnen mitzuteilen. Am 26. d. Mts. ist dies folgenden 12 Privatverwaltungen angezeigt worden: der Berlin-Stettiner, der Niederschlesischen Zweigbahn, der Breslau-Schweidnitz-Freiburger, der Brieg-Reizer, der Berlin-Hamburger, der Magdeburg-Leipziger, der Berlin-Potsdam-Magdeburger, der Magdeburg-Halberstädter, der Berlin-Anhalter, der Rheinischen, der Köln-Würdener und der Thüringer.

Der König hat in voriger Woche einen kurzen Ausflug zur Jägerjagd in Aulosen gemacht. Im Uebrigen widmet der Monarch in alter, erfreulicher Rüstigkeit seine Zeit und Kraft unermüdlich den Staatsgeschäften, besonders den wichtigen Anordnungen für die Verwaltung der neuen Landesteile. Die durch Preußen's Vergrößerung notwendig gewordenen Neugestaltungen unseres Kriegsherrheires, welches um drei Armeekorps vergrößert wird, sollen mit dem 5. November beginnen. Die dazu erforderlichen umfassenden militärischen Erneuerungen sind nunmehr erfolgt. (Prov.-Korr.)

Der Ministerpräsident Graf Bismarck verweilt noch in Putbus und wird, da ihm die dortige Lust sichtlich zur Stärkung gereicht, vermutlich noch einige Zeit dort bleiben. Er könnte in den letzten Tagen bereits wieder der Jagd nachgehen. Noch einige Wochen der Ruhe und Enthaltsamkeit Geschäftshäfen dürfen zur vollen Kräftigung des Staatsmannes führen. Man darf annehmen, daß er etwa gegen Ende November zu amtlicher Thätigkeit zurückkehren werde. (Prov.-Korr.)

Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten Hr. v. Selchow ist in Folge einer Erkrankung am Montage nicht unerheblich erkrankt. Wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, soll indessen in dem Befinden des Herrn Ministers einige Besserung eingetreten ist.

Der heutige „Staatsanzeiger“ schreibt: Die in einzelnen Zeitungen enthaltene Nachricht, daß Sachsen eine ausgefertigte oder gedruckt würden, ist erfunden.

Der heutige „Staats-Anzeiger“ bringt das Gesetz, betreffend 1) die Pensionserhöhung für die im Kriege invalide gemordeten, sowie für die überbaute durch den aktiven Militärdienst verletzten oder erblindeten Offiziere der Armee und Landwehr und die oberen Militärbeamten, 2) die Unterstützung der Witwen und Kinder der im Kriege gebliebenen Militär-Personen desselben Ranges; vom 16. Oktober 1866.

Dasselbe Blatt enthält den Plan zur 135. kgl. preußischen Klassen-Lotterie, bestehend wie bisher aus 95.000 Losen zu 52 Thaler Kurant Einst. (Die von mehreren Blättern kurzlich gemeldete Erhöhung der Zahl der Lose auf 120.000 Stück erwies sich sonach als irrig.)

Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält folgende Mitteilung: Die Verfügungen, welche in der Einrichtung des Konsularwesens durch die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt mit der preußischen Monarchie notwendig geworden, sind am 25. d. M. von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ergangen. Sämtliche preußische Konsulnämte sind angewiesen, die konsularische Vertretung der Angehörigen der mit Preußen vereinigten Länder zu übernehmen und denselben gleichwie andern preußischen Unterthanen Schutz und Beistand zu gewähren. Die bisherigen Konsulnämte von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt im Auslande sowohl, wie in Preußen sind ihren Funktionen entbunden. Desgleichen sind die preußischen Konsulatsposten, welche bisher in den gedachten Ländern, so wie in den Herzogtümern Schleswig und Holstein bestanden haben, eingezogen.

Wie verlautet, schreibt die „N. Pr. Ztg.“, ist den Generalkommandos die Ordre zugegangen, die in den Kämpfen des letzten Krieges erfolgten Beschädigungen von Fahnen und Standarten feststellen zu lassen und über die Vorgänge, bei denen diese Beschädigungen eingetreten sind, zu berichten.

Die von der „Kön. Ztg.“ gebrachte Mitteilung, daß am 18. Januar hier in Berlin eine öffentliche feierliche Einweihung der für die neuen Regimenter bestimmten Fahnen und Standarten stattfinden werde, beruht nach demselben Blatte bis jetzt auf bloßer Konjectur. Anordnungen dieser Art pflegen nicht so lange Zeit voraus getroffen zu werden.

Die preußische Marine hat während ihres jungen Bestehens eine solche Ausdehnung erhalten, daß deren Stammpersonal zur Zeit bereits auf 142 Offiziere zur See, 63 Seaspiranten, 108 Deckoffiziere, 251 Matrosen-Unteroffiziere, 1652 Matrosen und 330 Schiffssoldaten angewachsen ist. Hierzu tritt noch das Heizer-, Maschinisten-, Handwerker-, Lazarethpersonal, sowie für den Fall eines Krieges die Seewehr mit 74 Offizieren und einem Bestande von 1350 Köpfen.

Die Berathungen über die verschiedenen Positionen des Budgets für 1867 sind so weit vorgeschritten, daß der Staatshaushaltsetat dem Abgeordnetenhaus wohl gleich bei dessen Wiederzusammenkunft vorgelegt werden können.

Die „Provinz.-Korresp.“ sagt über die Amnestie und ihre Ausführung:

